weil er die Steuerschraube tief in das Wirtschaftsleben des Volkes eingebohrt hat. Diese „Besserung" mag den Finanzmännern gefallen, aber dem deutschen Volke gefällt sie ganz und gar nicht!

Der entlarvte offiziöse Wahlschwindel.

In einem alldeutschen Blatte war letzthin die Behauptung aufgestellt worden, daß Fürst Bülow die Absicht hatte, dem Blockreichstag gleich bei seinem Zusammentreten die Finanzreform vorzulegen und daß er nur auf Zureden einflußreicher Blockführer davon Abstand genommen habe. Fürst Bülow hatte es auf Anfrage abgelehnt, sich zu diesen Behauptungen zu äußern, und in dieser Weigerung erblickte das alldeutsche Blatt eine Bestätigung seiner Behauptung. Das durfte die Regierung natürlich nicht unwidersprochen lassen und deshalb muß die Neue Gesellschaftl. Korrespondenz verkünden, daß es sich um einen Irrtum handle. Was dem Reichstag sofort vorgelegt werden sollte, das sei eine Teilreform des damaligen Schatzsekretärs Freiherrn v. Stengel gewesen, die nur den Tabak und den Branntwein schärfer fassen sollte. Gegen die Vorlage dieses Stückwerkes habe sich Fürst Bülow gewehrt, er wollte ganze Arbeit haben.

Diese „Klarstellung" verdient festgehalten zu werden. Gegen das Ende des Wahlkampfes von 1907 zu hatte unsere Presse behauptet, daß neue Steuern kommen werden und daß die Vorlagen bereits fix und fertig seien. **Von der gesamten offiziösen Presse ist die Nachricht als sozialdemokratischer Schwindel bezeichnet worden, und nun auf einmal erfährt man, daß damals in der Tat Vorlagen vorhanden waren, die auf eine Erhöhung der Tabak- und der Branntweinsteuer hinausliefen.** Die Offiziösen haben also damals gelogen, und sie haben bewußt gelogen, um die Wählermassen irre zu führen.

Wenn schließlich noch versichert wird, daß Fürst Bülow sich in seinen Entschließungen von nationalliberalen Politikern nicht habe beeinflussen lassen, so mag das stimmen, ist aber völlig belanglos für die Tatsache, daß der Steuerraubzug bereits während des Wahlkampfes beschlossene Sache war. Der Wert offiziöser Versicherungen wird damit wieder einmal blitzartig beleuchtet und gleichzeitig wird gezeigt, in welch unglaublich schwindelhafter Weise die letzten Wahlen gemacht worden sind. Auf diesen Schwindel kann das Volk nun erfreulicherweise bald quittieren.

Nationalliberale Anbiederung.

Die nationalliberale Presse gibt sich die größte Mühe, den Reichskanzler ihres unbedingten Vertrauens zu versichern. So führt die Nationalzeitung am Ostersonntag aus:

„Hat doch Herr v. Bethmann-Hollweg noch kurz vor den Ferien den Beweis erbracht, daß er sich dem schwarzblauen Block nicht völlig ergeben will. Und für diese Tat, die gerade unter den gegenwärtigen Verhältnissen besonders hervorzuheben ist, hat sich der Reichskanzler den Dank aller liberalen Politiker verdient. Sein bestimmtes Auftreten in der Verfassungsfrage hat ihm selbst nicht nur das verlorengegangene Vertrauen der bürgerlichen Parteien fast völlig wieder eingebracht, sondern es hat auch dem Liberalismus die Möglichkeit zu gemeinsamer Aktion gegeben und ist ein Faktor gewesen, der über eine gewisse innere Spannung hinweghalf."

Der Kanzler kann daraus entnehmen, wie ungeheuer leicht es ist, die Nationalliberalen zufrieden zu stellen. Die Auslassungen der Nationalzeitung klingen aber fast so, als ob an den Reichskanzler die Mahnung gerichtet werden soll, eine Versöhnung mit dem Schnapsblock in die Wege zu leiten. Dieser Eindruck erfährt auch dadurch keine Beeinträchtigung, daß das genannte Blatt in dem gleichen Artikel von dem notwendigen Kampf des Liberalismus gegen den schwarzblauen Block redet. Die Nationalliberalen sind stets unsichere Kantonisten gewesen. Bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung werden sie in traditioneller Arbeiterfeindlichkeit mit dem schwarzblauen Block gemeinsame Sache machen. Unter diesen Umständen kann es dem Kanzler kaum schwer fallen, eine einigende Formel zu finden. Jedenfalls zeigen die Nationalliberalen mit jedem Tage mehr, wie sehr sie darunter leiden, gegenwärtig in eine Art Oppositionsstellung gedrängt zu sein.

Fleischnot.

Nach den jetzt vom Reichsstatistischen Amt veröffentlichten Zahlen über die „Zahl der beschauten Schlachttiere" ist gegen das Vorjahr abermals ein sehr erheblicher Rückgang der Schlachtungen zu verzeichnen. Die Zahl der Tiere, an denen die Schlachtvieh- und Fleischbeschau vorgenommen wurde, betrug:

	im letzten Vierteljahr 1910	im letzten Vierteljahr 1909
Pferde	48 825	51 509
Ochsen	152 962	166 812
Bullen	99 647	118 028
Kühe	430 530	502 652
Jungrinder	269 087	333 397
Kälber	963 457	1 180 396
Schafe	609 200	721 597
Ziegen	116 353	153 386
Hunde	2 368	2 443

Gegen diese Rückgänge ist nur eine geringe Steigerung der Schweineschlachtungen von 4 278 294 auf 4 690 891 Stück zu verzeichnen. Damit ist aber die Zahl von 4 845 370 Stück aus dem letzten Vierteljahr 1907 noch nicht einmal erreicht. Trotz dieser geradezu niederschmetternden Zahlen bestreiten natürlich Agrarier und Regierung nach wie vor jede Fleischnot.

*

In Augsburg wird vom 15. April an das Ochsenfleisch pro Pfund um 10 Pf. teurer. Die Metzgermeister begründen den Preisaufschlag mit dem fortwährenden Steigen der enorm hohen Einkaufspreise, veranlaßt durch die hohen Zölle und die Sperrung der Grenzen.

Im Auftrag des badischen Ministeriums des Innern nahm das Bezirksamt Karlsruhe eine Erhebung über den Vorrat an schlachtreifen Tieren im Amtsbezirk Karlsruhe vor und stellte dabei fest, daß nur 139 schlachtreife Tiere, darunter nur ein Ochse und 16 Rinder, vorhanden sind. Dieser Vorrat reicht kaum für den Bedarf der Vororte, für die ganze Stadt bleibt nichts übrig. Die Stadtverwaltung erhebt deshalb aufs neue die Forderung, die Einfuhr ausländischen Viehes zu gestatten. Angesichts dieser außerordentlichen Fleischnot könne die Oeffnung der Grenzen nicht mehr länger verweigert werden.

Die Wahlaussichten König Heydebrands.

Ueber die Aussichten des Herrn v. Heydebrand auf Wiederwahl in seinem Wahlkreis Militsch-Trebnitz schreibt die Korrespondenz des deutschen Bauernbundes:

„Herr v. Heydebrand besitzt drei Güter im Wahlkreise von zusammen etwa 6000 Morgen. Er war früher Landrat seines Kreises und hat sich auch als solcher damals schon ausgezeichnet durch seine rücksichtslose Energie, die bekanntlich immer denen am meisten imponiert, die wenig davon besitzen. In seiner Heimat selbst wundert man sich sehr über die übertriebene Bedeutung, die man diesem typischen Vertreter preußischer Feudalinteressen beilegt. Man glaubt da vielfach, daß man hier rücksichtsloseste Energie mit Befähigung verwechselt, aber das wird immer so sein und bleiben — der Prophet und das Vaterland! Tatsache ist, daß der Schloßherr von Klein-Tschunkawe sehr gefürchtet wird, nicht zum wenigsten von den Beamten, groß und klein, da man ihm maßgebenden Einfluß in den Berliner Ministerien zuschreibt. Bei einer öffentlichen Wahl würde sich gegen diese Persönlichkeit wenig ausrichten lassen, da jeder für seine Existenz fürchtet und man Herrn v. Heydebrand alles eher zutraut als sentimentale Anwandlungen. Anders bei der geheimen Wahl. Gegenüber diesem Despoten ist so viel Zündstoff angehäuft, daß er schwerlich den nächsten Reichstag als Abgeordneter wieder erblicken wird trotz der verzweifelten Anstrengungen seiner Freunde. Und diese Freunde sind nicht in den Reihen der Bauern zu suchen."

Kolonial-Karriere. Zum Gouverneur von Togo, als Nachfolger des langjährigen Gouverneurs Grafen v. Zech, der in den Ruhestand getreten ist, wurde der seitherige stellvertretende erste Referent beim Kaiserl. Gouvernement von Deutsch-Südwestafrika, Geh. Regierungsrat Edmund Brückner, ernannt. Brückners Name wurde in dem Konflikt, in den Staatssekretär Dernburg mit der Zentrumspartei geriet und der damals den Vorwand zur Reichstagsauflösung gab, viel genannt. Abg. Roeren bezeichnete ihn als „grünen Assessor". Roerens Opfer wurde dann 1907 zum Regierungsrat und 1909 zum Geh. Regierungsrat und Vortragenden Rat im Reichskolonialamt befördert. Er hat also keinen Anlaß, dem Abg. Roeren gram zu sein.

Kleine politische Nachrichten. Die Abgg. Weber und Genossen haben im elsaß-lothringischen Landesausschuß einen Antrag eingebracht, der ein Polizeigesetz aufgehoben wissen will, durch das das öffentliche Tragen, das Zurschaustellen, Verteilen oder Verkaufen von Zeichen oder Symbolen, die nicht nach dem Gesetz oder den Polizeiverordnungen gestattet sind, oder die geeignet sind, den Geist der Revolution zu fördern, unter Strafe gestellt wird. — Der Deutsche Städtetag wird vom 7. bis 9. September in Posen stattfinden. — Neben den bestehenden deutschen katholischen Organisationen in der Provinz Posen bildet sich für die ganze Provinz ein deutsch-katholischer Wahlverband, um Wahlbündnissen mit den Polen entgegenzuwirken.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Verdoppelung der Heereszahl.

-th- **Wien**, 17. April. Die Frage der Wehrreform ist mit einem Male aktuell geworden. Es scheint fast, als glaubte Khuen-Hedervary, dessen Abgeordnetenhaus im Sumpfe der Obstruktion steckt, die Heeresvorlagen leichter durchzubringen, wenn sich daran ein Streit mit Oesterreich knüpft. Denn natürlich kann Bienerth nichts Schlimmeres passieren, als daß während der Wahlzeit die Schleier von dem Projekt der Militärverwaltung abgezogen werden. Nun aber tritt hier eine neue Schwierigkeit in den Weg. Die Vermehrung des stehenden Heeres, die von den Armeegewaltigen angestrebt wird, soll mit zwei Zugeständnissen verbrämt werden: mit der Verkürzung der Dienstzeit auf zwei Jahre und mit der Reform der Strafprozeßordnung. Beide werden seit reichlich fünfzehn Jahren gefordert und versprochen, mit beiden befindet sich Oesterreich gegen die übrigen europäischen Mächte im Rückstande. Besonders schreit der Skandal zum Himmel, daß noch immer die geheime Feme aus der Zeit der Maria Theresia über Recht und Unrecht der Soldaten entscheidet. Nun sollen sich endlich beide Regierungen in allen materiellen Fragen geeinigt haben: aber eins steht noch aus, was unter österreichischen und ungarischen Verhältnissen leider stets das Wichtigste ist — die Sprachenfrage. Wie soll die Verhandlungssprache für den aus ungarischen Staatsbürgern bestehenden Teil des gemeinsamen österreichisch-ungarischen Heeres geregelt werden? Vernünftige Leute würden sagen: im Interesse des Angeklagten, soweit dies bei der Sprachenzersplitterung technisch möglich ist. Aber vernünftige Leute haben weder in Oesterreich noch in Ungarn bei Sprachenfragen das Mindeste zu sagen. Natürlich dreht sich alles darum, wie weit bei den ungarischen Staatsbürgern im Heere die deutsche Dienstsprache oder die madjarische Staatssprache zur Geltung zu kommen habe. Man hat es zu einem halben Kompromiß gebracht. Die deutsche Dienstsprache soll für diejenigen gelten, die in den ungarischen Regimentern nur der deutschen Sprache mächtig sind, die madjarische für alle des Madjarischen kundigen. Was geschieht jedoch mit den anderen, die weder deutsch noch madjarisch sprechen? Da will die österreichische Regierung die deutsche Dienstsprache, die ungarische ihre Staatssprache zur Geltung bringen.

Ein ergiebiger Stoff zum Streit, es mag einige Zeit vergehen, ehe man die Kompromißformel finden wird — vielleicht was Bienerth nicht unlieb wäre, die Wahlzeit. Indessen schreien die Patrioten hüben und drüben über Verrat. Die Ungarn erklären es als Beleidigung ihrer Staatlichkeit, wenn auf ihrem Boden in der deutschen Dienstsprache Recht geschöpft wird, die österreichischen Patrioten als Bruch der Armeeeinheit, wenn der ungarischen Staatssprache eine Stellung neben der gemeinsamen deutschen Dienstsprache eingeräumt wird, eine Stellung, die sich weit über das den „Regimentssprachen" zugebilligte Maß des Gebrauchs erhebt. Der Lärm will sich nicht beruhigen, und hat für die Militärverwaltung mindestens das Gute, daß inzwischen die Aufmerksamkeit von der Hauptsache abgelenkt wird. Kein Mensch redet von der Vermehrung des Heeres. Diese aber ist ganz exorbitant. Von 103 100 soll das Jahreskontingent auf 159 500 gesteigert werden. Man sieht, hier handelt sich's nicht einfach um die natürliche Folge der Verkürzung der Dienstzeit. Bei den zahlreichen Ausnahmen — nicht einmal in der Infanterie soll die zweijährige Dienstzeit allgemein gelten — würde das Kontingent höchstens auf 143 000 Mann anwachsen, der Rest ist blanke Erhöhung der Präsenzzahl des stehenden Heeres. Da beide Landwehren überdies noch von dem Jahreskontingent von 32 500 auf 55 000 emporgetrieben werden sollen, steigt das Jahreskontingent der Ausgehobenen, das jetzt 135 600 beträgt, auf 214 500, mithin würde unser stehendes Heer nahezu eine halbe Million erreichen. Von dem deutschen Maßstab, der eine äußerste Anspannung bedeutet, würde Oesterreich-Ungarn mit seiner um 14 Millionen geringeren und unvergleichlich ärmeren Bevölkerung nicht mehr stark abweichen. Man sieht, die Aera des Großmachtsdünkels, die Aera des Thronfolgers, führt sich würdig ein.

Frankreich.

Zu den Winzerunruhen.

Reims, 17. April. In Epernay und Umgegend herrschte gestern Ruhe. Nach einer vorläufigen Aufstellung des bisher angerichteten Schadens beträgt dieser mindestens 20 Millionen. Mehrere Verhaftungen sind gestern wieder vorgenommen worden. Einer Blättermeldung zufolge sind die Ereignisse der letzten Tage das Werk eines Geheimkomitees, dessen Hauptquartier sich in Bois le Roi, in der Nähe von Ventenil, befand. Die Weinbauern gehorchten den Befehlen dieses Geheimkomitees. Sie versammelten und zerstreuten sich entsprechend gewissen Signalen, die ihnen die zu befolgende Taktik vorschrieb. Die Plünderungen und Angriffen gegen das Privateigentum sollen auf die Anordnungen dieses Komitees zurückzuführen sein.

Italien.

Vermehrung der italienischen Abgeordneten?

ld. **Rom**, 17. April. Nach einer Meldung des Giornale d'Italia soll sich Giolitti mit der Absicht tragen, die Zahl der italienischen Wahlkreise von 508 auf 588 zu erhöhen. Weiter wird die Vermutung ausgesprochen, daß der Gesetzentwurf über die Wahlrechtserweiterung die Eintragung der Wahlberechtigten in die Wählerlisten von Amts wegen vorsehen werde. Wenn die Vermehrung der Wahlkreise kaum als eine Errungenschaft zu begrüßen ist, da Italien bei einer Bevölkerung von rund 34½ Millionen eine verhältnismäßig hohe Zahl von Abgeordneten hat und ihre Vermehrung eine größere Ausgabe des Staatsbudgets durch die Parlamentsdiäten einschließt, so ist demokratische Reform anzusehen. Bisher erfolgte die Eintragung in die Wählerlisten als von Amts wegen nur für die Gemeindewähler, deren Wahlrecht auf Steuerleistung oder akademische Titel gründete. Es stand also lich den Behörden frei, die Wähler von Amts wegen einzutragen oder nicht, welche Freiheit systematisch zum Schaden der berechtigten des Arbeiterstandes angewendet wurde.

Für das Frauenstimmrecht in Italien.

ld. **Rom**, 17. April. Der italienische Verein für das Frauenstimmrecht, dessen Zentralkomitee auch mehrere Genossinnen angehören, hat beschlossen, im Laufe dieses Jahres einen Kongreß für Frauenstimmrecht in Turin einzuberufen.

Türkei.

Die Revolte in Albanien.

Cettinje, 17. April. Gerüchten zufolge soll die Niederlage der Albanesen bei Kastratt nicht so groß sein, wie anfangs gemeldet wurde. Es verlautet vielmehr, daß die Türken geschlagen worden seien. Ueber 100 Aufständische aus Hotti und Gassa haben die Truppen, welche aus Skutari zur Entsetzung des Forts Siptchanid herbeigeeilt waren, angegriffen. Auf seiten der Truppen waren 80 Tote und mehrere Verwundete zu verzeichnen. Auch bei Bozaj hat ein Kampf mit den Rebellen stattgefunden, in dem die Aufständischen als Sieger hervorgingen. Der türkische Kommandierende Ibrahim Ali hat sich mit mehreren Soldaten ergeben. Die dem von den Albanesen blockierten Siptchanid befindlichen Truppen versuchten einen Ausfall, wurden aber von den Albanesen in die Festung zurückgedrängt. Südlich von Siptchanid, an der montenegrinischen Grenze, verlangten 300 Albanesen von den Montenegrinern Gewehre, die sie natürlich nicht bekamen. Sie wurden dieselben von diesen gezwungen, das montenegrinische Gebiet zu verlassen.

Konstantinopel, 17. April. Die Aufständischen in Kaptik griffen vorgestern eine Rekognoszierungskolonne an, die in der Richtung Kastratt entsandt war; die Angreifer wurden jedoch zurückgetrieben.

Cettinje, 17. April. Nach Berichten von der Grenze sind in militärischen Operationen im Aufstandsgebiete ein Stillstand eingetreten. Die Stellungen der Truppen und Aufständischen sind unverändert.

Marokko.

Die Lage um Fez.

Madrid, 17. April. Meldungen, die Imparcial aus Fez vom 9. April erhalten hat, besagen, daß der Stamm der Beni Mtir abgefallen sei. Die Einschließung der Stadt Fez würde dadurch enger werden. An dem genannten Tage hat die Artillerie, unter Leitung des Obersten Mangin, seit Morgengrauen das Lager des Feindes ununterbrochen beschossen. Die Beni Mtir haben die Gegend bis zum Mtaru Ladhamaa verwüstet, zahlreiche Eingeborene getötet und das Haus Bagdadis verbrannt. Die Konsuln haben den Behörden dringend angeraten, Fez nicht zu verlassen. Die Lage sei ernst und könne sich nur durch das Erscheinen der unter dem Befehl des Raisuli stehenden Mahalla bessern.

Madrid, 17. April. Nach einem Telegramm der Zeitung Mundo aus Fez vom 9. April haben die Beni Angam zusammen mit den Beni Mtir einen Angriff auf die Hauptstadt unternommen, deren Tore sie geschlossen fanden. Die Zahl der Verteidiger der Stadt ist schwächer geworden. Es beginnt an Lebensmitteln zu fehlen.

Tanger, 16. April. (Meldung der Agence Havas.) Infolge des Abfalls der Beni Sfadden und der Beni Uarain im Südosten von Fez hat der Sultan die Mahalla, welche gegen die Schechs operiert, zurückberufen. Der französische Konsularagent in Alkassar konnte dem Kommandanten der Mahalla Brémond Geld und Munition überbringen. Brémond führt die Mahalla trotz des außergewöhnlich starken Regens zurück. In der Gegend von Ghard ist es ruhig.

Tanger, 17. April. Aus Fez wird vom 11. April gemeldet, daß drei Abteilungen der Uareins in der Nacht vom 10. zum 11. versuchten, die Mauer des Palastes zu durchbrechen und die befindlichen Gewehre zu rauben. Sie wurden jedoch vertrieben. Am 9. April hatten 100 Scherabars eine Reiterpatrouille angegriffen, die aber Widerstand leistete, bis Verstärkungen eintrafen und die Angreifer vertrieben. Diese hatten elf Tote.

Maßnahmen Frankreichs.

Paris, 17. April. Mit Rücksicht auf die gegenwärtige Lage in Marokko hat die Regierung beschlossen, die Truppen in Schauja zu verstärken. Vier Bataillone Kolonialinfanterie sollen binnen kurzem dahin ab.

Paris, 17. April. Der Marinepräfekt hat gestern Befehl erhalten, das Transportschiff Vinh Long auszurüsten, das nach Marokko begeben soll.

Afrika.

Unruhen in Portugiesisch-Ostafrika.

Johannisburg, 17. April. Nachrichten aus den beiden Lagerstätten besagen, daß die Lage an der Delagoabai sehr ernst ist. Die englischen Schlachtschiffe in Durban haben den Befehl erhalten, sich zum sofortigen Auslaufen bereit zu halten, um die englischen Interessen zu schützen. Die Revolutionäre sind entschlossen, alle regierungsfreundlich gesinnten Beamten aus dem Lande zu treiben. Viele Beamte haben die Revolution nicht anerkannt und sind noch immer treue Anhänger. Im Minendistrikt wurden Explosivstoffe gekauft und in einer Fabrik mitten in Lorenzo-Marquez werden unter Leitung von Italienern ganz offen Bomben hergestellt. Die Revolutionäre haben den Kommandanten Kapitän Alfred Goolho aufgefordert, den Gouverneur zu stürzen und seine Stelle einzunehmen. Die Interessen Transvaals sind durch die gegenwärtige Situation schwer bedroht. Von Lissabon sind bereits größere Truppentransporte abgegangen.

Capetown, 17. April. Der britische Kreuzer Forte mit Admiral Bush an Bord wird heute von Simonsbai nach Delagoa abgehen. Die englischen Bewohner von Lorenzo-Marquez haben die Entsendung eines Schlachtschiffes dringend verlangt. Rear-Admiral Bush ist Kommandeur des britischen Kap-Geschwaders.

Amerika.

Die Revolution in Mexiko.

Nachdem sich die Friedensverhandlungen zwischen den Revolutionären und der Bundesregierung zerschlagen, ist die Aufstandsbewegung von neuem aufgeflackert. Immer mehr Bewohner Mexikos schließen sich den Reihen der Revolutionären an, weil man mit der Bundesregierung unzufrieden ist und einsieht, daß diese nicht imstande sein wird, die Bewegung einzudämmen. Die amerikanische Regierung, die ja schon vor Wochen eine große Truppenmacht an der mexikanischen Grenze stationiert hat, soll sich mit der Absicht tragen, da die mexikanischen Truppen schon zu verschiedenen Malen von den Revolutionären angegriffen worden sind, größere Landstrecken Mexikos zu besetzen. Bestimmte Nachrichten hierüber stehen allerdings noch aus. Ferner will die amerikanische Regierung zu einem solchen Vorgehen noch die Einwilligung des Kongresses haben.

Aus den vorliegenden Meldungen geht denn auch deutlich hervor, in welch einer kritischen Lage sich Präsident Diaz mit seiner Regierung befindet. Sie lauten:

Neuyork, 16. April. Nach einem Telegramm aus der Stadt Mexiko an die Neuyorker Times ist in allen mexikanischen Staaten das Schwinden der Macht der Bundesregierung deutlich bemerkbar. Daß der Aufruhr im Wachsen begriffen sei, gehe auch in dem Auftauchen zahlreicher Banden, die das Land brandschatzen, aber nicht zu den Anhängern Maderos gehören. Die Bundesbehörden seien unfähig, den Räubereien Einhalt zu tun, und die

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110418/2 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG